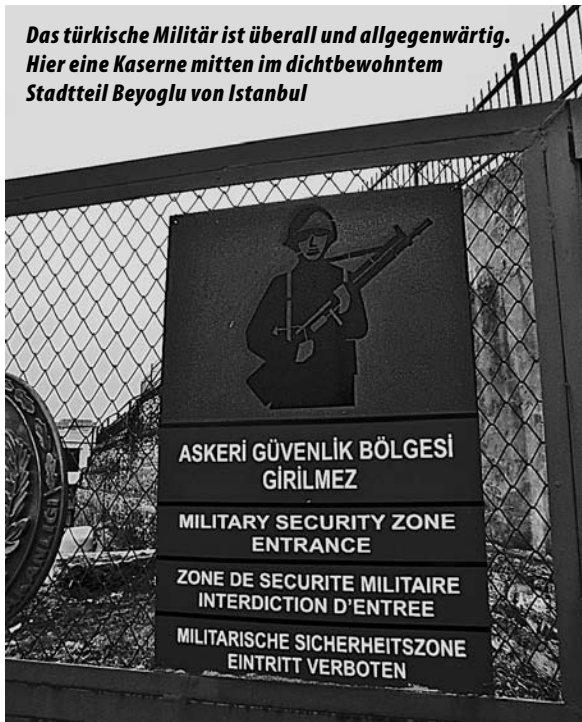


Türkei : Problematische Vergangenheit – widersprüchliche Gegenwart – ungewisse Zukunft

Von Orhan Akman

**Das türkische Militär ist überall und allgegenwärtig.
Hier eine Kaserne mitten im dichtbewohnten
Stadtteil Beyoglu von Istanbul**



Es ist Montag, der 12. April 2010. Vor einem Schulgebäude im Istanbul Stadtteil Beyoglu sammeln sich die Schüler. Die Schule zählt etwa 1500 Schüler. Um 7.30 Uhr stellen sich die uniformierten Schülerinnen und Schüler in Reihen vor dem Schulgebäude auf. Einer der Schüler hält eine große türkische Fahne hoch. Plötzlich hört man keinen einzigen Ton mehr, es ist alles mucksmäuschen still. Eine Lehrerin gibt dann das Startsignal und die rund 700 Schüler der Früh-schicht legen ihren täglichen Eid diszipliniert ab:

„Glücklich derjenige, der sich Türke nennt“

„Ich bin Türke, ehrlich und fleißig. Mein Gesetz ist es, meine Jüngeren zu schützen, meine Älteren zu achten, meine Heimat und meine Nation mehr zu lieben als mich selbst. Mein Ideal ist es aufzusteigen, voranzugehen. O großer Atatürk! Ich schwöre, dass ich unaufhaltsam auf dem von dir eröffneten Weg zu dem von dir gezeigten Ziel streben werde. Mein Dasein soll der türkischen Existenz ein Geschenk sein. Wie glücklich derjenige, der sagt ‚Ich bin Türke!‘“ Diesen Eid müssen alle Schüler, unabhängig davon, ob sie Türken sind oder nicht, allmorgendlich ablegen. Montags und Freitags müssen sie zudem die tür-

Fortsetzung Seite 2 ▶

••••• Ein Wort zu dieser Publikation •••••

Ein politisch-militärischer Skandal jagt den anderen. Die Türkei kommt einfach nicht zur Ruhe. Und das seit Jahrzehnten. Wessen Hand in welcher Tasche steckt, ist völlig unklar. Der Verlauf der politischen Fronten wird zunehmend unklarer. Ein Putschplan hoher Offiziere und dessen Enthüllung ist aktuell ein Höhepunkt in der türkischen Politik. Im ganzen Land streitet man derzeit über die Rolle des Militärs. Zu Recht. Die Medien enthüllen fast täglich Anschläge, für die in der Vergangenheit Kurden verantwortlich gemacht wurden, – die aber womöglich vom militärischen Geheimdienst, der Polizei und dem „tiefen Staat“ inszeniert und gewollt waren.

Auch außenpolitisch ist das Land instabil. Die Türkei leistet sich ein teures Wettrüsten in der Ägäis mit dem Nachbarland Griechenland.

Auch die Zypern-Frage ist ungelöst. Im Gegenteil: Der Wahlsieg des Nationalisten Dervis Eroglu auf Zypern ist ein Rückschlag für die jahrelangen Bemühungen um eine Wiedervereinigung der in einen griechischen und einen türkischen Teil geteilten Insel.

Die Bemühungen der Türkei, diplomatische Beziehungen mit Armenien herzustellen, sind mehr als halbherzig. Sie werden wahrscheinlich noch viele politische Konflikte mit sich bringen. Der Genozid an über 1,5 Millionen Armeniern zwischen 1915 und 1917 wird nach wie vor geleugnet.

Im Südosten des Landes, an den Staatsgrenzen zu Iran, Irak und Syrien, führt die Türkei seit Jahren einen Bürgerkrieg gegen die Kurden. Dieser Krieg belastet die Beziehungen mit den drei Nachbarländern.

Auch eine EU-Perspektive steht für das Land am Bosphorus noch in den Sternen geschrieben. Es wird wahrscheinlich noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis die EU ernsthaft mit der Türkei Beitrittsverhandlungen führt. Soll die Türkei EU-Mitglied werden oder nur Vorzugspartner? Diese Frage wird noch lange im Raum stehen.

Währenddessen wird die Privatisierung des Landes unter dem Deckmantel „Reformen“ bzw. „EU-Anpassungsreformen“ durch Erdogans AKP-Regierung beschleunigt. Von Staatsbetrieben bis zum Gesundheitswesen und Krankenhäusern, von Häfen bis zu den Flüssen des Landes – alles wird an große, meist internationalen Konzernen verscherbelt! Als die AKP zuletzt die Privatisierung des staatseigenen Tabakmonopolisten TEKEL ankündigte, leisteten die Beschäftigten mit großen Teilen der Bevölkerung einen bis dahin beispiellosen Widerstand.

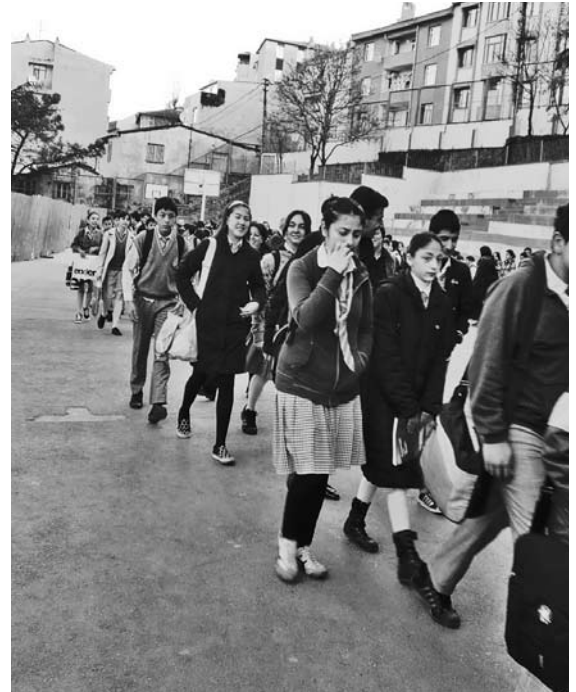
Unter der islamischen Regierungspartei AKP ist die Türkei konservativer und religiöser geworden.

Mit dieser Publikation wollen wir einen aktuellen Überblick über die politische, soziale und wirtschaftliche Situation in der Türkei geben. ■



Bild oben: „Glücklich derjenige, der sich Türke nennt“. Schüler in der Türkei müssen allmorgendlich diesen Eid ablegen.

Bild rechts: Nach ihrem Eid müssen die Schüler in zweier Reihen in ihre Klassen marschieren.



► kische Nationalhymne im Chor singen. Nachdem Eid gehen die Schüler in zweier Reihen, ähnlich wie Soldaten, in ihre Klassen und der Unterricht kann beginnen.

Nationalhymne, Eid, Uniform, in die Schulklassen marschieren!? Moment mal. „Ist das eine Schule oder eine Kaserne?“ fragt man sich als Außenstehender.

Gewiss: es ist eine ganz gewöhnliche Schule in der Türkei.

Das Militär und die Gesellschaft sind in der Türkei sehr eng verzahnt. Seit der Staatsgründung durch Mustafa Kemal Atatürk spielt das türkische Militär eine „besondere“ Rolle und zwar in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Insoweit ist das Ablegen des täglichen Eides bzw. das Singen der Nationalhymne nichts Ungewöhnliches in der Türkei und in den Schulen.

Kurden oder der Puls der Politik in der Türkei

Demonstrationen, Kundgebungen oder politische Proteste, an denen Hunderttausende oder gar Millionen Kurden teilnehmen, sind in der Türkei keine Seltenheit. Zentrale Forderungen der Kurden sind Freiheit und die sozio-politische Selbstbestimmung. Die Kurden sind der am meisten politisierte Teil in der Türkei. Doch seit der Staatsgründung geht die Türkei mit aller Härte gegen die Kurden vor.

„In der Türkei gibt es ‚eine einzige Flagge, eine einzige Sprache, einen einzigen Staat und eine einzige Nation‘. Wem dies nicht passe, der solle das Land verlassen.“ Diese extrem nationalistisch-faschistische Aussage stammt nicht von türkischen Nationalisten wie man sie aus der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP: Milliyetçi Hareket Partisi)

kennt. Diese Auffassung vertrat der türkische Regierungschef, Recep Tayyip Erdoğan, Ende Oktober 2008 in der kurdischen Stadt Hakkari im äußersten Südosten der Türkei.



„In der Türkei gibt es «eine einzige Flagge, eine einzige Sprache, einen einzigen Staat und eine einzige Nation“. Wem dies nicht passe, der solle das Land verlassen, meint Premierminister Erdoğan.

Erdoğan droht mit Ausweisung der Armenier aus der Türkei

Diplomatisch ist Erdoğan auch in Bezug auf die Armenier nicht. Der türkische Ministerpräsident drohte kürzlich in einem BBC-Interview rund 100 000 Armeniern, die nach türkischer Darstellung illegal im Land leben, mit ihrer Ausweisung. „Ich muss sie nicht in meinem Land behalten“, sagte Erdoğan in einem Interview im türkischen Programm der BBC. Laut Erdoğan leben derzeit 170.000 Armenier in

der Türkei leben. „Davon sind nur 70.000 türkische Bürger. Aber wir tolerieren den Rest. Falls nötig, muss ich diese 100.000 vielleicht auffordern, in ihr Land zurückzukehren, weil sie nicht meine Bürger sind“, sagte der Premier.

Auf den ersten Blick scheint es nicht begreiflich zu sein, wie sich ein Regierungschef solche Frechheiten erlauben kann. Denn schließlich stellen die Kurden etwa ein Drittel der Bevölkerung in der Türkei dar. Und die Armenier leben seit Jahrtausenden in der heutigen Türkei. Neben den Kurden und Armeniern gibt es nicht wenige andere Völker, die seit Jahrhunderten im heutigen Anatolien leben und sich trotzdem als „Nicht-Türken“ fühlen.

Um das verstehen zu können, muss man eine kleine Reise in die Geschichte des Landes unternehmen und die heutige Türkei und deren politische Situation im historischen Zusammenhang etwas genauer anschauen.

Demokratie – in der Türkei nie?

Die bürgerliche Demokratie in der Türkei stand nie auf richtigen Beinen. Denn die bürgerliche Demokratie in der Türkei, soweit man überhaupt von einer Demokratie reden kann, ist mehr oder weniger eine Kopfgeburt. Die Gründe hierfür liegen unter anderem darin:

1. Anders als die meisten westeuropäischen Industriestaaten hat das osmanische Reich und später die Türkei die Industrialisierung im klassischen Sinne nicht erlebt. Die Industrialisierung der heutigen Türkei kam mit fast hundertjähriger Verspätung. Während Westeuropa das Zeitalter der Industrialisierung erlebte, ging das Osmanische Reich als Staat Stück für Stück zugrunde. Die Industrialisierung sowie die Entwicklung der Produktivkräfte kamen unter einem zerbröckelnden Reich zustande.

2. In Westeuropa wurden die bürgerlichen Demokratien mit Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, Menschenrechten, Wahlrecht, Gleichstellung von Frau und Mann im juristischen wie im gesellschaftlichen Sinne, mit der Gründung von Vereinen und Gewerkschaften u.v.m. durch die Arbeiterklasse und die gesellschaftskritischen

Menschen erkämpft. In der Türkei wurde ein Teil dieser Errungenschaften nach der Staatsgründung durch Atatürk von oben per Erlass eingeführt.

3. Auch die Trennung von Religion und Staat wurde von oben durchgesetzt; (trotzdem gilt der Sunnismus als „Staatsreligion“).

4. Die Gleichstellung und Gleichberechtigung der verschiedenen Völker in der Türkei wurde bereits zu Beginn der Staatsgründung bekämpft.

5. Um die Opposition, die Aufstände – vor allem der Kurden –, um Streiks und Koalitionsfreiheit zu bekämpfen, wurde dem Militär gleich zu Beginn der Republikgründung eine besondere Rolle beigemessen.

6. Die meisten Reformen unter Staatsgründer Atatürk sind ohne den Volkswillen durchgeführt worden. Wer sich dagegen zur Wehr setzte, dem wurde ein kurzer Prozess gemacht.

So lässt sich mit einem Satz folgendes zusammenfassen: Seit der Gründung der Republik im Jahr 1923 unterdrückt die Türkei alle oppositionellen Organisationen, Kurden, MenschenrechtlerInnen und kritische Medien mit allen denkbaren und undenkbar antidemokratischen Mitteln, um deren gesellschaftlichen und demokratischen Einfluss auszuschalten.

Damit dies den Herrschenden gelingt, brauchen sie ein starkes Militär. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Türkei innerhalb der NATO-Staaten die nach den USA zweitgrößte Armee stellt.

Die türkischen Militärs begreifen sich als Wächter der von Atatürk eingeführten Staatsordnung. 1960, 1971 und 1980 griffen die türkischen Generäle jeweils aktiv in das politische Geschehen ein und putschten sich an die Macht. Die Türkei investiert jährlich 11 Milliarden Dollar für Militärausgaben. Das sind 5,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit steht sie bei den Militärausgaben weltweit auf Platz 15. Wenn die Zahl der Erwerbstätigen der Länder in die Statistik einfließen würde, stünde die Türkei noch weiter vorne.

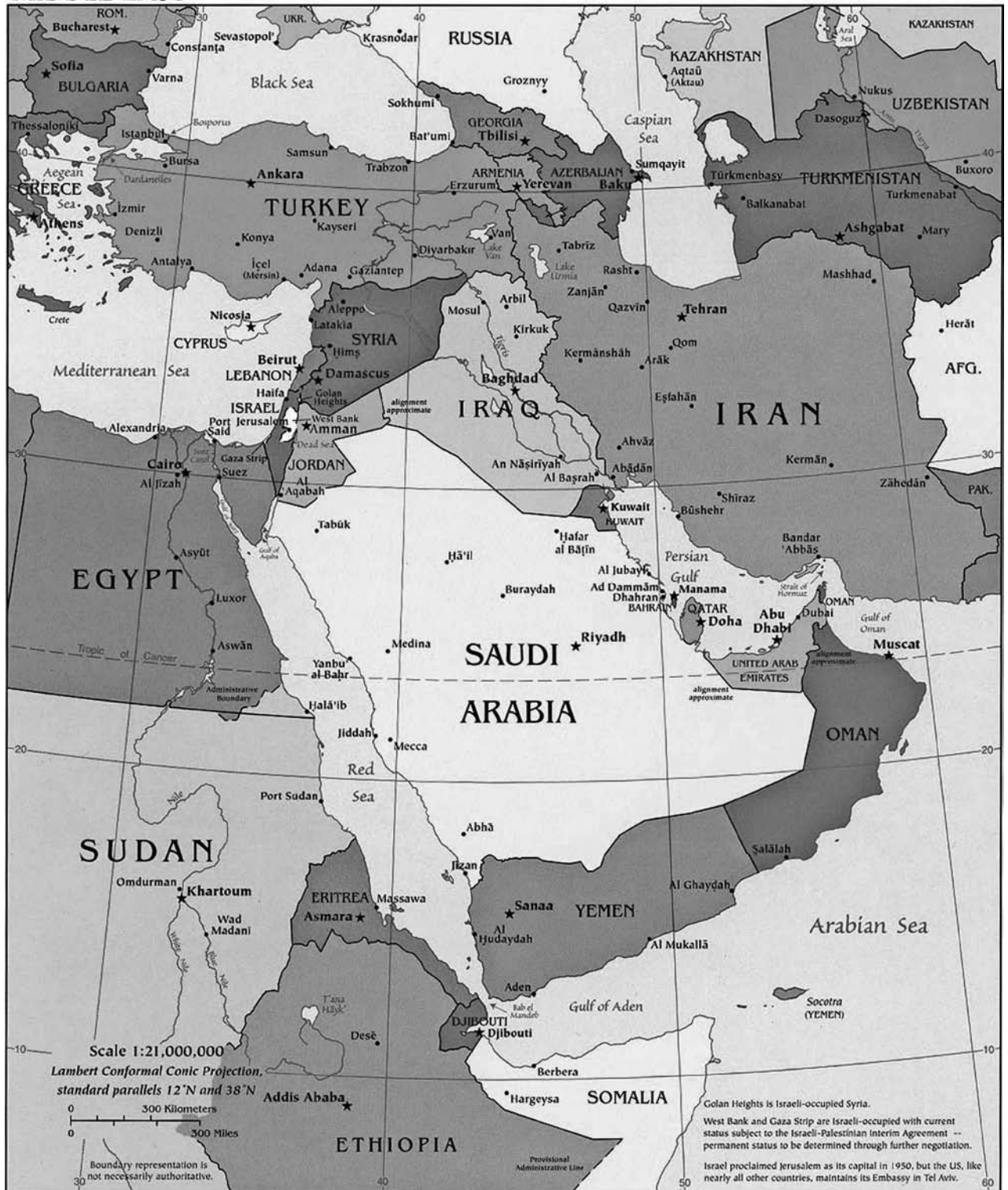


„Gecekondu“ heißt soviel wie „Über-Nacht-gebaut“. Die Ärmsten der Armen bauen immer wieder „illegal“ solche Behausungen, weil der türkische Staat sich um die Ärmsten nicht kümmert. Armut ist ein zentrales Problem der Türkei. Auf dem Fotos ist ein „Gecekondu“ mitten in Istanbul zu sehen.

Wettrüsten in der Ägäis

Griechenland gibt in Relation zu seiner Wirtschaftskraft seit Jahrzehnten mehr für die Rüstung aus als jeder andere Nato-Staat, ausgenommen die USA. Der größte Lieferant ist Deutschland. Seit 1998 kauften die Griechen für 45 Milliarden Euro Waffen aus Deutschland. Die Türkei und Griechenland sind die besten Kunden der deutschen Waffenschmieden (vgl. *Der Tagesspiegel*, 6.4.2010). Das wichtigste Abnehmerland für die deutsche Rüstungsindustrie war die Türkei, an die zuletzt 14 Prozent der Ausfuhren gingen. Griechenland nahm 13 Prozent der in Deutschland produzierten Waffen ab. *Fortsetzung Seite 4 unten* ▶

MIDDLE EAST



802983AI (R02107) 6-03

► Griechische und Türkische Gewerkschaften für eine friedliche Nachbarschaft

Das Wettrüsten zwischen Griechenland und der Türkei ist auch aktuell eines der zentralen Themen der Gewerkschaften beider Länder.

Die „Konföderation der Arbeit Griechenlands“ (GSEE) thematisierte auf ihrem 34. ordentlichen Kongress vom 18. bis 21. März 2010 das Wettrüsten in der Ägäis. Das berichtete die türkische Tageszeitung „Radikal“ am 9.4.2010.

Statt Rüstungsausgaben fordern die griechischen Gewerkschaften Investitionen im sozialen Bereich und für den Arbeitsmarkt.

Die GSEE betont dabei, dass dieses Wettrüsten zu Feindseligkeiten zwischen beiden Nachbarländern führt.

In einem Brief wandten sich die griechischen Gewerkschafter an die türkischen Gewerkschaftskonföderationen TÜRK-İS, DISK, KESK und HAK-İS und äußerten ihre scharfe Kritik an dem Rüstungswettbewerb. In ihrem Brief spricht sich die GSEE für die Völkerfreundschaft der beiden Völker in der Ägäis aus und appelliert für ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften beider Länder. Die türkischen Gewerkschaften begrüßten die Initiative ihrer Kollegen und verurteilten die Milliardenausgaben beider Länder für die Waffen. ■

Türkei : Zahlen – Daten – Fakten*

Das Land wird zentral von der Hauptstadt Ankara regiert. Im Übrigen besteht die Türkei aus 81 Regierungsbezirken (Provinzstädte), die jeweils von einem Gouverneur regiert werden. 94 Menschen leben pro Quadratkilometer in der Türkei.

Bevölkerung:

In der Türkei leben 72.5 Millionen Menschen auf einer Fläche von 784.000 km². 15-20 Millionen Kurden gibt es schätzungsweise in der Türkei. Im Jahr 2009 belief sich das Bevölkerungswachstum auf 14,5 Prozent! Türkei ist ein sehr junges Land. Der Altersdurchschnitt beträgt 28,8 Jahre.

75 Prozent der Bevölkerung lebt in den Städten und ca. 25 Prozent in den Dörfern bzw. auf dem Land. 17,8 Prozent der Bevölkerung lebt in Istanbul, das sind etwa 13 Millionen Menschen. Seit Jahren gibt es eine Bevölkerungswanderung von Ost nach West. Vor allem in den kurdischen Städten im Osten des Landes gab es in den letzten drei Jahrzehnten eine massive Auswanderung in Richtung Westen, vor allem nach Istanbul, Ankara, Izmir aber auch in Großstädte wie Diyarbakir, Adana, Mersin. Die Abwanderung aus den kurdischen Städten ist der türkischen Staatspolitik gegenüber den Kurden geschuldet, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem seit 1984 währenden Krieg zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Guerilla.

Wirtschaft:

Im Vergleich zum Vorjahresmonat exportierte die Türkei im Januar 2010 Waren im Wert von 7.864 Mio. US-Dollar (-0,3 Prozent). Der Import verzeichnete demgegenüber einen deutlichen Zuwachs von 23,9 Prozent und erreichte 11.504 Mio. US-Dollar. Die Außenhandelsbilanz des Landes wächst seit Jahren und im Januar 2010 betrug sie 3.640 Mio. US-Dollar.

Die Europäische Union ist der wichtigste Wirtschaftspartner des Landes. Im Januar 2010 exportierte die Türkei 17,1 Prozent (3.964 Mio. US-Dollar) mehr Waren und Güter in die EU als im Vorjahresmonat. Über die Hälfte (50,4 Prozent) der türkischen Exportgüter geht in die EU.

Der wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei ist mit einem Exportanteil von 837 Mio. US-Dollar Deutschland, gefolgt von Italien (596 Mio. US-Dollar), Frankreich (516 Mio. US-Dollar) und England (490 Mio. US-Dollar).

Mit Importgütern von zuletzt 1.848 Mio. US-Dollar ist Russland der wichtigste Importeur für die Türkei, gefolgt von China (1.074 Mio. US-Dollar) und Deutschland (883 Mio. US-Dollar).

Das „Grüne Kapital“ und die islamischen Länder

Erdogan's islamische AKP stand von Anfang unter dem Verdacht, das Land politisch zu islamisieren. Deswegen gab es seit dem Amtsantritt der AKP im-



Das „Grüne Kapital“ gewinnt zunehmend an Macht. Die türkischen Exporte in islamischen Länder stiegen von 2008 bis 2009 um etwa 10 Prozent.

mer wieder Konflikte mit dem Militär, dass sich als Wächter des laizistischen Atatürk-Erbes sieht. Unter Erdogan's AKP ist der Einfluss des sogenannten „Grünen Kapitals“ (Grün: die Farbe des Islam) gewachsen. Nach den Geboten des Islam angelegtes Geld nennt man in der Türkei „Grünes Kapital“. Im Durchschnitt wuchsen im Jahr 2009 die türkischen Exporte in islamische Länder um etwa 10 Prozent, während die Gesamtexporte des Landes um 22,6 Prozent einbrachen. *Fortsetzung Seite 6*

Türkische Exporte in islamische Länder (in 1.000 US-Dollar)

Land	2008	2009	Veränderung i. %
Afghanistan	134707	233716	73,5
Bangladesh	73075	134747	84,4
Äthiopien	165806	235273	41,9
Irak	3926596	5125936	30,5
Palästina	17402	27301	56,9
Libyen	1105995	1843293	66,7
Ägypten	1336007	2667814	99,7
Pakistan	147249	159781	8,5
Syrien	1137074	1385620	21,9
Turkmenistan	675767	968447	43,3
Jemen	362254	397993	9,9

(Quelle: Tageszeitung „Milliyet“, 8.4.2010)

* Soweit keine anderen Quellen genannt sind, stammen die Zahlen vom Statistischem Amt der Türkei (Türkiye İstatistik Kurumu – www.tuik.gov.tr).

► Konzerne gegen „Bakkals“

Der Laden um die Ecke bzw. der sogenannte Nahversorger heißt in der Türkei im Volksmund „Bakkal“. Der Bakkal ist so eine Art „Tante-Emma-Laden“ und leidet in den letzten Jahren unter enormen Konkurrenzdruck der großen Einzel- und Großhandelskonzerne. Jährlich müssen mehrere Tausend solcher in familienhand befindlicher „Bakkals“ ihr Geschäft aufgeben. Entgegen gesetzt ist der Trend bei den großen Supermärkten und gigantischen Einkaufszentren. Gerade in großen Metropolen wie Istanbul, Ankara, Izmir, Adana etc. verdrängen große Ketten wie BIM, Carrefour, Metro, Migros, Real und Tansas die familienbetrieblich geführten „Bakkals“.

Vertriebschiene im Einzelhandel	Anzahl im Jahr 1998	Anzahl im Jahr 2008
Hyper und Supermärkte	2135	8252
Hypermärkte, > 2.500 qm	91	183
Große Supermärkte, 1.000-2.500 qm	210	623
Supermärkte, 400-1.000 qm	464	1902
Mittelgroße Märkte und Bakkals	167612	128568
Bakkals < 50 qm	155420	113295

(Quelle: Zeitschrift „Özgürlük Dünyası“, Nr. 213, April 2010)

Gerade große Einzelhandelskonzerne aus dem Ausland rollen den türkischen Markt wortwörtlich auf. International aufgestellte Konzerne wie Metro, Migros oder Carrefour bestimmen zunehmend den türkischen Markt. Der Marktanteil der ausländischen Konzerne wie Carrefour, Metro, Migros und Tesco im Handel beträgt mittlerweile über 60 Prozent.

(Kinder-) Arbeit und Armut:

Im März 2010 waren laut einem Bericht vom Statistischen Amt der Türkei 3.361 Mio. Menschen arbeitslos. Das sind 13,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Sami Evren, Vorsitzender von KESK, einem der größten Gewerkschaftsdachverbände der Türkei, schätzt laut einem Bericht der Tageszeitung „Evrensel“ vom 7.4.2010 die Arbeitslosigkeit bei etwa 25 Prozent ein. 43 Prozent der Beschäftigten arbeiten ohne irgendeine Sozialversicherung. Das sind 1,2 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Laut dem Statistischen Amt der Türkei gelten 17,11



Große Konzerne rollen den türkischen Markt auf und verdrängen die kleinen Familienbetriebe „Bakkals“. Gegen die Milliarden schweren Konzerne haben „Bakkals“ oftmals keine Chance und gehen pleite. Der Verband der Bakkals fordert derzeit, dass Sonntags die großen Einkaufszentren schließen. Das lehnt Premierminister Erdogan aus Wettbewerbsgründen ab.



Vor 2005 Konzerne und ihre Marktanteile in %	2005 Konzerne und ihre Marktanteile in %	2008 Konzerne und ihre Marktanteile in %
MIGROS: 14,1	MIGRIS/TANSAS: 22,1	MIGROS: 22,4
BIM: 10,1	CarrefourSA/GIMA: 15,0	CarrefourSA: 13,8
CarrefourSA: 9,7	BIM: 10,1	BIM: 13,5
TANSAS: 8,0	Metro-Group: 6,7	Metro-Group: 7,8
Metro-Group: 6,7	Kiler/Canerler: 5,0	Tesco: 4,1

(Quelle: Zeitschrift „Özgürlük Dünyası“, Nr. 213, April 2010)

Prozent der türkischen Bevölkerung als „arm“. Laut dem gleichen Amt ist auch Kinderarbeit kein seltenes Phänomen im Land. So müssen 958.000 Kinder zwischen 6-17 Jahren täglich arbeiten. Das sind 5,9 Prozent der Kinder in dieser Altersgruppe. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. ■

Der TEKEL-Kampf beginnt in Ankara, endet jedoch in München

Von Suphi Toprak

Am 17. Dezember 2009 fuhren einige Tausend TEKEL-Arbeiter. Dort wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter während der Demonstration, mitten in der Stadt, massiv von der Polizei angegriffen. Anstatt die Stadt wieder zu verlassen, machten die Arbeiterinnen und Arbeiter noch entschlossener mit ihren Aktionen weiter. Sie haben vor dem Gewerkschaftshaus von Türk-İs, dem größten Gewerkschaftsbund, gezeltet. Dort ist auch die Gewerkschaft von TEKEL, die Tek-Gıda-İs, Mitglied. 12.000 TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeiter sind von 4/C betroffen.

Was ist die 4/C Regelung:

Sie ist die Lohnreduzierung auf den Mindestlohn. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben mit der Regelung keine gewerkschaftlichen und sozialen Rechte. Im Jahr könnten die Arbeiterinnen und Arbeiter höchstens 10 Monate beschäftigt werden. Das Recht auf Urlaubsgeld gäbe es auch nicht. Eine Weiterbeschäftigung würde es nur in seltenen Fällen geben. Die Arbeitsplätze in den anderen Städten könnten auch vorschlagen werden, wer arbeiten will, müsste also in eine andere Stadt ziehen.

Einen Kündigungsschutz gäbe es auch nicht. Die Rente würde entfallen. Die 4/C Regelung bedeutet, dass die billigen Arbeitskräfte ohne Rechte auf dem Markt als Lohndrücker agieren. 4/C, übersetzt ins Deutsche, heißt Hartz IV.

Die Privatisierung des staatlichen Unternehmens TEKEL hat eine Vorgeschichte. Die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU sind noch nicht abgeschlossen. Inzwischen wurden die Zwischenergebnisse schon vorgelegt. Einerseits fordert die EU die Türkei auf, einige kulturelle Rechte der Kurden und anderer Minderheiten anzuerkennen. Andererseits wird die Türkei wirtschaftlich drangsalieren, um die neoliberalen Maßnahmen umzusetzen. Wer die Beziehung zwischen der EU und der Türkei verstehen will, muss diese Faktoren in Betracht ziehen. Besonders die wirtschaftliche Beziehung ist maßgeblich entscheidend. Die erste große Privatisierungswelle fand nach dem Militärputsch 1980 statt. Der Putsch wurde von den USA und anderen westlichen Staaten unterstützt. Nicht die Demokratie in der Türkei war damals und später das Belangen dieser Mächte, sondern das wirtschaftliche und geopolitische Interesse an der Türkei. Seit dem die staatlichen Unternehmen aus der Wirtschaft verschwunden sind, lassen die versprochenen Verbesserungen immer noch auf sich warten.

Wie sich diese Beziehung auswirkt, kann man sehr klar am Beispiel von TEKEL sehen. TEKEL war das staatliche Alkohol- und Tabak-Unternehmen.

Es wurde an British American Tobacco (BAT) verkauft und es folgte, was in solchen Fällen immer der Fall war. Die gesamte Produktion in der Türkei wurde weitgehend still gelegt.

Den berühmten türkischen Tabak wird es nicht mehr geben. Das bedeutet für die türkischen und kurdischen Tabak-Bäuerinnen und -Bauern die Zerschlagung ihres Daseins.

Die Regierung hat versucht, mit verschiedenen Mitteln gegen die TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeiter vorzugehen. Einerseits wollte sie diese diskreditieren, indem sie behauptete, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter faul wären und zu viel verdienen würden, wo Millionen auf eine Arbeit hoffen. Andererseits versuchte die Regierung die unterstützenden Kräften als „marginale“ Mächte darzustellen. Sie hat die TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeiter vor diesen „marginalen“ Mächten gewarnt.

Vom 17. Dezember 2009 bis zum 3. März 2010 haben Tausende TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeiter in



Transparent der Tekel-Beschäftigten: Arbeiter und Beamte Hand in Hand zum Generalstreik

der Kälte gezeltet. Vor Gericht gelang den TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeitern ein Teilerfolg. Die 4/C Regelung ist erstmal gestoppt. So gewannen die Arbeiterinnen und Arbeiter Zeit. Sie gaben bekannt, dass sie am 1. April, für eine eintägige Aktion nach Ankara zurück kommen und sie kamen, wie versprochen, am 1. April nach Ankara. Die Polizei griff die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder mit Wasserwerfern und Pfefferspray an.

Am 2. Mai werden die TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeiter wieder nach Ankara kommen, aber diesmal für 2 Tage. Am 26. Mai wird es einen landesweiten Aktionstag geben. Alle Gewerkschaften rufen zum Streik auf.

Wenn bis August keine Lösung gefunden werden sollte, werden die Arbeiterinnen und Arbeiter in Ankara unbefristete Aktionen organisieren.

Was bisher beim TEKEL-Kampf nicht gelungen ist, ist die Ausweitung dieses Kampfes auf die anderen existierenden Arbeitskämpfe. Es haben sich



- ▶ keine gemeinsamen Solidaritätskomitees mit den kämpfenden TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeitern gebildet. Viele Aktionen wurden ohne die Gewerkschaftsfunktionäre organisiert. Den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern ist es gelungen die Blockade in den Gewerkschaften zu brechen. Es kam auch zur Besetzung des Gewerkschaftshauses von Türk-Is. Die Arbeiterinnen und Arbeiter forderten massiv den Rücktritt des Vorsitzenden von

Türk-Is, Mustafa Kumlu.

Wie es weiter gehen könnte? In vielen schwierigen Lagen hat die internationale Solidarität den TEKEL-Arbeiterinnen und -Arbeitern viel geholfen. Daher ist sie unabdingbar.

Die Internationale Solidarität funktioniert nur dann, wenn die gemeinsame Perspektive gegen die neoliberalen Privatisierungen europaweit, ja weltweit aufrecht erhalten wird. ■

Eine neue Verfassung für die Türkei

Von Maren Ulbrich

Im März legte die aktuelle türkische Regierungspartei, die islamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung und aktuelle (AKP) dem Parlament ein Paket zur Verfassungsänderung vor. Dadurch soll die geltende Verfassung reformiert werden. Diese war 1982 von der Militärdiktatur installiert und durch ein scheindemokratisches Referendum legitimiert worden. Die Reformvorschläge sind in der Türkei höchst umstritten und leiteten die wichtigste parlamentarische Debatte dieser Legislaturperiode ein. Das Paket beinhaltet insgesamt 22 Verfassungsänderungen und eine abschließenden Bestimmung durch die das Parlament nur über das Gesamtpaket abstimmen kann. Eine Entscheidung über einzelne Punkte wird dadurch unmöglich. Noch im April soll das Parlament über die Verfassungsänderungen entscheiden.

Eine der Änderungen betrifft das Parteiverbotsverfahren. Die aktuelle Verfassung sieht vor, dass Parteiverbote von dem obersten Verfassungsgericht eingeleitet und entschieden werden. Mit der Verfassungsänderung sollen die Befugnisse der Verfassungsrichter_innen beschnitten werden: Die Einleitung eines Verbotsverfahrens soll zukünftig von einer Zustimmung des Parlaments abhängen. Dafür bedarf es nach dem Verfassungsentwurf eine 2/3 Mehrheit. Der Einfluss des Verfassungsgerichts auf die Durchsetzung der Parteiverbote soll durch die Verfassungsänderung noch weiter eingeschränkt werden. Die Prozesse gegen Parteien sollen nur noch vor Zivilgerichten verhandelt werden. Somit würde dem Verfassungsgericht auch die Entscheidungskompetenz entzogen werden. Die AKP will auch die Kriterien für ein Verbotsverfahren beschränken. So sollen künftig nur noch Parteien verboten werden können, die zu Gewalttaten aufrufen oder sich an solchen beteiligen. Die Anzahl der Verfassungsrichter_innen soll zusätzlich von 9 auf 21 Mitglieder erweitert werden. Bei deren Bestellung sollen der Präsident und das Parlament mehr Einfluss bekommen.

Das Paket zur Verfassungsänderung wird voraussichtlich eine parlamentarische Mehrheit finden. Die AKP hat einige Änderungsvorschläge der Oppositionsparteien aufgegriffen und ist ihnen so entgegen gekommen, um deren Stimmen zu gewinnen. Zwar lehnen die kleineren Oppositionsparteien das Gesamtpaket weiterhin ab, da sie einen Machtaufbau der AKP befürchten. Jedoch wird die Republikanische Volkspartei (CHP), als zweitgrößte Partei, die Verfassungsreform unterstützen. Somit wird die Verfassungsänderung wohl mit der benötigten 2/3 Mehrheit im Parlament verabschiedet werden.

Sollte die AKP die benötigte Mehrheit nicht erhalten, wird es ein Referendum geben. So könnte die Bevölkerung über die Verfassungsänderung entscheiden, was das demokratische und auch politische Bewusstsein innerhalb der Gesellschaft stärken könnte.

Durch die geplante Verfassungsänderung soll auch der Einfluss des Militärs beschnitten werden. Eine der wichtigsten Änderungen stellt die geplante Aufhebung der Übergangsbestimmungen der türkischen Verfassung von 1982 dar. Durch diese Änderung könnten die am Putsch beteiligten Militärs nun vor Zivilgerichten für ihre Verbrechen während des Putsches zur Verantwortung gezogen werden. Auch soll es künftig möglich sein ein Beschwerdeverfahren gegen den hohen Militärerrat ein zu leiten.

Die Verfassungsänderung würde zwar den Weg zu einem Parteienstaat ebnen und die Rolle des Militärs eindämmen. Die Opposition befürchtet aber berechtigterweise einen gleichzeitigen Ausbau der Machtstellung der AKP.

An dem Militarismus der Türkei würde sich auch mit der Verfassungsänderung zunächst wenig ändern. Er ist tief in dem gesellschaftlichen Bewusstsein verankert. Auch das Verhältnis zwischen der Türkei und Griechenland ist weiterangespannt. Seit einigen Jahren rüsten beide Staaten um die Wette. Experten sprechen von einem „Kalten Krieg am Rande Europas“. ■

Newroz 2010 in München

Rede von Orhan Akman auf der Newroz Kundgebung in München am 19.3.2010

Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, dass ihr so zahlreich erschienen seid, um gemeinsam das Newroz-Fest zu begehen.

Wenn in Europa am 21. März der Frühlingsanfang begangen wird, feiern wir Kurdinnen und Kurden gemeinsam mit Persern, Afghanen, Türken und vielen anderen das Newroz-Fest. Newroz bedeutet „neuer Tag“.

Ein neuer Tag ist für viele auch die Hoffnung auf Veränderungen. Es ist ein Tag, der auch als Widerstand gegen die Tyrannei und Unterdrückung gefeiert wird.

Der Legende nach soll der Schmied Kawa am 21. März 612 Jahre vor unserer Zeit den Tyrannen Zohak/Dahak mit seinem Hammer erschlagen haben. Damit befreite er die kurdischen und iranischen Völker von ihrer Unterdrückung.

Gerade für die Kurdinnen und Kurden ist der 21. März daher ein höchst politischer Tag.

Die Kurdinnen und Kurden werden heute nahezu überall in der Welt unterdrückt.

In Deutschland werden sie nicht als eigenständige Migrationsgruppe anerkannt. Das Recht auf Selbstbestimmung wird ihnen verwehrt und dort, wo sie sich selbst organisieren, werden sie kriminalisiert und sind von der Abschiebung bedroht.

Mit dem Verbot des kurdischen Fernsehsenders Roj-TV und dem seit 15 Jahren durchgeführten PKK-Verbot trägt die deutsche Bundesregierung ebenso zur Unterdrückung der Kurdinnen und Kurden bei, wie mit Waffenlieferungen an die türkische Armee.

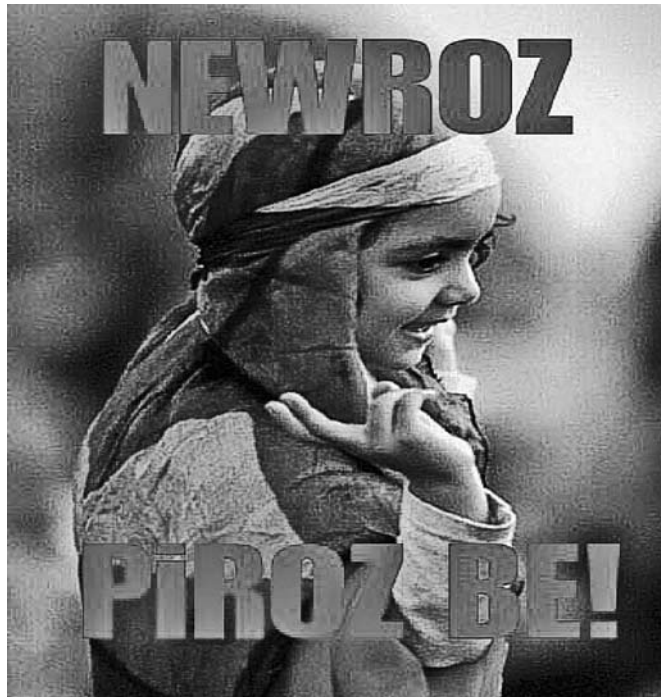
Erst kürzlich berichteten mehrere deutsche Zeitungen über die Erhebungen des Friedensforschungsinstituts Sipri.

Demnach ist Deutschland weltweit der dritt wichtigste Rüstungsexporteur. In der Statistik sind nur die schweren Waffen erfasst, wie Panzer, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe. Die Türkei ist der Hauptabnehmer der schweren Waffen.

2009 unterzeichnete die Türkei einen Vertrag zur Lizenzherstellung von 6 deutschen U-Booten der Klasse U-214. Dafür gab sie zwei Milliarden Euro aus.

Diese Waffen werden auch dazu genutzt, um gegen Kurdinnen und Kurden vorzugehen, ihre Dörfer nieder zu brennen und sie aus den Städten und Dörfern zu vertreiben.

Über 40 000 Kurdinnen und Kurden kamen in den



letzten 25 Jahren durch Waffengewalt ums Leben. Die Türkei nutzt die Waffen auch, um ihre Nachbarn zu bedrohen. Die Türkei und Griechenland liefern sich seit Jahrzehnten ein Wettüben.

Der deutschen Rüstungsindustrie und ihren Lobbyisten ist das egal! Ihnen ist es egal, wie und gegen

Was Erdogan von Deutschland fordert, muss er den Kurden zugestehen

Im Vorfeld der Türkeireise der Bundeskanzlerin Merkel am 29. März forderte der türkische Ministerpräsident Erdogan die Einführung von türkischen Gymnasien in Deutschland und sagte: „In der Türkei haben wir deutsche Gymnasien. Warum sollte es keine türkischen Gymnasien in Deutschland geben?“ Er begründete seinen Vorstoß mit den anhaltenden Sprachproblemen der türkischen Migranten in Deutschland und fuhr fort: „Hier hat Deutschland noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt. Man muss zunächst die eigene Sprache beherrschen, also türkisch, und das ist leider selten der Fall.“ Bezüglich der Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit in Deutschland erklärte Erdogan, dass „auch wenn jemand seine Staatsbürgerschaft ablegt, kann er seine ethnische Herkunft nicht ändern“.

Anlässlich des bevorstehenden Besuchs der deut-

schen Bundeskanzlerin in der Türkei hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Angela Merkel am 25. März aufgefordert, sich deutlich für die Einführung des Kurdischen als Unterrichtssprache im türkischen Kurdistan einzusetzen.

„Es kann nicht sein, dass ein türkischer Ministerpräsident Gymnasien für türkische Einwanderer in Deutschland fordert und gleichzeitig im eigenen Land für 15 Millionen alteingesessene kurdische Bürger keine einzige Schule in deren Muttersprache zulässt“, erklärte der GfbV-Bundvorsitzende Tilman Zülch in Göttingen. „Und schließlich ist es unerträglich, dass kurdische Bürgermeister bis heute inhaftiert werden, wenn sie bei Amtshandlungen die Muttersprache ihrer Wähler verwenden.“

Aus *Nützliche Nachrichten*; Nr. 3/2010

<http://www.dialogkreis.de/>

► wen die Waffen genutzt werden. Auch den Exportmeister Deutschland scheint es nicht zu interessieren, was mit den Waffen passiert. Der Waffenhandel mit der Türkei wird von der Bundesregierung legitimiert und abgesegnet. Die Partei die LINKE fordert daher einen kompletten Exportstopp für deutsche Waffen.

Wir fordern Schluss mit den Waffenlieferungen, Schluss mit dem Export von Krieg und Zerstörung. In der Türkei gab es einen Hoffnungsschimmer für die dort lebenden Kurdinnen und Kurden, als die DTP, Demokratik Toplum Partisi (Partiya Cîvaka Demokratîk, Partei der demokratischen Gesellschaft) 2007 in das türkische Parlament einzog. Sie

trat an, um sich für eine friedliche Lösung in der sogenannten „Kurdenfrage“ einzusetzen. Doch im September 2009 wurde sie von dem türkischen Verfassungsgericht verboten.

Lasst uns heute den Tag in dem Bewusstsein verbringen, dass jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung in Freiheit und Selbstbestimmung hat. Newroz bedeutet Widerstand, aber auch Veränderung.

Für die Selbstbestimmung der Kurdinnen und Kurden

Für Frieden, Freiheit, Solidarität und Völkerverständnis!

Rekordbeteiligung am kurdischen Freiheitsfest Newroz in der Türkei

„Der Geist ist aus der Flasche“

Von Nick Brauns

Mit bis zu einer Million Teilnehmern allein in der kurdischen Metropole Diyarbakir erreichte die Beteiligung an den diesjährigen Newroz-Festen in der Türkei am Sonntag (21.3.) einen neuen Rekord. In Diyarbakir forderte Aysel Tugluk, die mit einem Politikverbot belegte Co-Vorsitzende der im Dezember verbotenen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP), die Einbeziehung des inhaftierten Abdullah Öcalans als Repräsentant des politischen Willens von Millionen Kurden in Friedensverhandlungen. Die Kurden wollten mit ihrer Sprache und Identität als gleichberechtigte Bürger in der Türkei leben. „Das kurdische Problem kann nur mit dem kurdischen Volk gelöst werden“, erklärte der ehemalige DTP-Chef Ahmet Türk am Samstag vor Hunderttausenden Menschen am Fuße der historischen Zitadelle von Van. Während die türkische Regierung eine „Öffnung“ ankündigte, gingen die Verhaftungen kurdischer Politiker weiter. „Doch Unterdrückung kann die Stimme des kurdischen Volkes nicht zum Schweigen bringen. Der Geist ist aus der Flasche.“ In Istanbul, wo laut der Agentur Firat eine halbe Million Menschen zusammengekommen waren, beteiligten sich zahlreiche Mitglieder sozialistischer Parteien. Ein Sprecher der Tekel-Tabakarbeiter, die einen monatelangen Streik gegen ihre privatisierungsbedingte Entlassung geführt hatten, betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Unterdrückten, und

der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes KESK hielt ein Grußwort.

Obwohl Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) als Veranstalter der Feste ermahnt hatte, der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans keinen Raum zu geben, wurden überall PKK-Fahnen aufgespannt und der Widerstand der Guerilla von populären Musikgruppen besungen. In Sprechchören hieß es: „Die PKK ist das Volk, und das Volk ist hier.“ Während von den Newroz-Festen in der Türkei trotz der massiv aufmarschierten Polizei bis Redaktionsschluss nur einige Dutzend Festnahmen bekannt wurden, eröffneten am Sonntag in Syrien Soldaten das Feuer auf eine Newroz-Feier in der Stadt Rakka. Mindestens zwei Personen, darunter ein 15-jähriges Mädchen, wurden laut der Agentur Firat getötet und Dutzende verletzt.

Eine Newroz-Demonstration von 30000 Kurden in Düsseldorf richtete sich am Samstag auch gegen die Polizeirazzia bei den Fernsehsender Roj TV in Belgien sowie die Verhaftung kurdischer Politiker in mehreren EU-Staaten in den letzten Wochen.

Das neben Kurden auch von Iranern, Afghanen und anderen Völkern der Region gefeierte Newroz war in diesem Jahr von der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Menschheitskulturerbe erklärt worden.

junge Welt, 22.3.2010

Drei Tote bei Angriffen auf Newrozfeiern in Rakka (Syrien)

Mit dem Tod des erschossenen 15-jährigen Mädchens ist bei dem von staatlicher Seite „geplanten“ Angriffen auf die Newroz-Feiern heute morgen in der syrischen Stadt Rakka die Zahl der Toten auf drei gestiegen.

Die friedlichen Newroz-Feiern in Kurdistan, insbesondere in Nord- und Südkurdistan, wurden vom syrischen Regime gewalttätig durchbrochen. Die Namen der Toten sind noch unbekannt. 50 Personen wurden durch die Angriffe verletzt. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus von Rakka gebracht. In der Stadt habe die Polizei und das Militär den Ausnahmezustand ausgerufen.

Augenzeugen berichten, dass das Militär und die

Polizei die Angriffe mit dem Ziel zu töten durchgeführt haben. Ein Mitglied des Newroz-Vorbereitungskomitees sagte, dass die Angriffe im Vorfeld geplant gewesen seien. Dem Verantwortlichen seien von Seite des Rakka-Krankenhauses, in das die Verletzten gebracht wurden, gesagt worden „Einen Tag zuvor kamen die Verantwortlichen und wollten, dass wir Betten freimachen sollen für zahlreiche Verwundete, die es morgen geben kann.“

Zahlreiche Menschen wurden festgenommen und im Anschluss an die Angriffe auf die Newroz-Feiern kam es bei einigen Kurdinnen und Kurden zu Hausdurchsuchungen.

Quelle: ANF, 21.3.2010, ISKU

Katrin Werner, DIE LINKE im Bundestag:

„Völkermord an Armeniern beim Namen nennen“

„Die Antwort der Bundesregierung kommt einer Flucht vor politischer Verantwortung gleich“ kommentiert Katrin Werner, Mitglied im Menschenrechtsausschuss, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Völkermord an den Armeniern (BT-Drs. 17/687). Die Bundesregierung wälzt die Verantwortung für die Behandlung des Themas in den Geschichtslehrplänen auf die Bundesländer ab. Werner weiter:

„Die Bundesregierung kneift vor der entscheidenden Frage, ob sie die Vertreibung und Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich 1915/16 als Völkermord im Sinne der UN-Konvention von 1948 bewertet. Stattdessen vertritt sie den Standpunkt, dass eine solche Bewertung einzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorbehalten bleiben sollte.

Dies ist ein offener Schlag gegen die armenische Gemeinschaft in Deutschland, die bis heute ver-

zweifelt darum ringt, dass ihr tragisches Schicksal endlich als historische Tatsache anerkannt wird. Damit fällt die Bundesregierung sogar hinter den Bundestagsantrag zurück, in dem wenigstens die „organisierte Vertreibung und Vernichtung von Armeniern“ (BT-Drs. 15/5689) bedauert wurde.

Die Haltung der Bundesregierung zeugt von Geschichtsvergessenheit und politischer Verantwortungslosigkeit.

Denn wie soll die notwendige Geschichtsaufarbeitung in der Türkei unterstützt werden, wenn die deutsche Bundesregierung selbst die Anerkennung der historischen Wahrheit inklusive der deutschen Mitverantwortung bei diesem Völkermord verweigert?

Die Konsequenzen können nur lauten: Den Völkermord an den Armeniern beim Namen nennen und das Thema im Schulunterricht endlich behandeln!

Berlin, 25. Februar 2010

„Die Bundesregierung weigert sich bis heute, die vorsätzliche Vernichtung der osmanischen Armenier juristisch präzise als Völkermord zu benennen“

Anlässlich des 95. Jahresgedenken an den Völkermord an den Armeniern erklärt Katrin Werner, Mitglied im Menschenrechtsausschuss des Bundestags und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats:

„Jedes Jahr am 24. April gedenken die Armenierinnen und Armenier weltweit des Völkermords an ihren Vorfahren im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs. Die Verhaftung und Ermordung der intellektuellen, politischen und künstlerischen Elite der Armenier in Istanbul bildete den Auftakt einer von der jungtürkischen Regierung vorsätzlich geplanten und durchgeführten Vernichtungsaktion. Die Männer im wehrfähigen Alter wurden meist massakriert, Frauen, Kinder und Greise starben massenhaft auf endlosen Todesmärschen ins Landesinnere. Sofern sie nicht unterwegs von Wachmannschaften, Todesschwadronen oder marodierenden Banden ermordet wurden, erwartete die Deportierten spä-

testens in der syrischen und nordmesopotamischen Wüste der sichere Tod. Unabhängigen Forschungen zufolge fielen bis zu 1,5 Millionen Armenierinnen und Armenier dem grausamen Vernichtungswerk zum Opfer. Deutschland war damals als engster militärischer Verbündeter des Osmanischen Reichs sowohl Mitwisser und teilweise Mittäter.

Ich verneige mich vor den Nachkommen der Überlebenden des Genozids in aufrichtiger Anteilnahme und tiefer Trauer über dieses unfassbare Verbrechen, an dem auch Deutschland Mitschuld trägt. Die Armenierinnen und Armenier haben einen Anspruch darauf, dass die Türkei als Rechtsnachfolge-

rin des Urheberstaats und sein deutscher Mithelfer diesen Völkermord endlich eingestehen. Die Haltung der deutschen Bundesregierung ist beschämend: sie weigert sich bis heute, die vorsätzliche Vernichtung der osmanischen Armenier juristisch präzise als Völkermord zu benennen. Sie unterstützt trotz des umfangreichen Aktenmaterials in ihrem eigenen Politischen Archiv des Auswärtigen Amts die Forderung der Türkei, eine bilaterale türkisch-armenische Historikerkommission mit der Frage zu befassen, ob der Völkermord überhaupt stattgefunden habe. Sie benutzt damit das Leid der Opfer als Spielball für ihre tagespolitischen Interessen. Nichts schmerzt die Opfer aber so sehr wie die Leugnung des Verbrechens. Niemand beschuldigt heute lebende Türkinnen und Türken für Taten der damaligen Regierung. Aufgrund der jahrzehntelangen staatlichen Geschichtsschreibung verfügt

die Bevölkerung in der Türkei leider nur über ein bruchstückhaftes historisches Wissen. Dennoch dürfen bei der Anerkennung der historischen Tatsachen

„Deutschland war damals als engster militärischer Verbündeter des Osmanischen Reichs sowohl Mitwisser und teilweise Mittäter.“

keine Abstriche gemacht werden. Umso mehr sind alle jüngsten Bemühungen der türkischen Zivilgesellschaft für eine ehrliche Geschichtsaufarbeitung zu würdigen.

Diejenigen Menschen in der Türkei, die den Völkermord trotz nach wie vor schwieriger Bedingungen anerkennen, verdienen den höchsten Respekt. Sie setzen ein klares Zeichen der Menschlichkeit und für die demokratische Zukunft ihres Landes. Der morgigen, erstmaligen Gedenkveranstaltung in Istanbul wünsche ich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer und gutes Gelingen.“

Berlin, 23. April 2010

Uneingeschränktes Demonstrationsrecht am 1. Mai 2010 in der Europäischen Kulturhauptstadt Istanbul!



Die Türkei hat 2009 erstmalig in ihrer Geschichte den 1. Mai als „Tag der Solidarität und Einigkeit“ festgelegt und als Feiertag anerkannt. Eine gemeinsame und internationale Kampagne von Gewerkschaften aus 28 Ländern (darunter die NGG-Dortmund) und den türkischen Gewerkschaftsdachverbänden DISK, Türks-Is und KESK hatte wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen. Dieser demokratische Schritt der Türkei wird aber durch Einschränkung des Demonstrationsrechts durch Staats – und Polizeigewalt massiv beeinträchtigt. Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundrechten und muss auch für die Veranstaltungen der türkischen Gewerkschaften gelten. Beteiligungen an gewerkschaftlichen Aktionen dürfen nicht durch Polizeigewalt behindert werden. Deshalb fordern wir den Gouverneur und den Polizeipräsidenten von Istanbul auf, die gemeinsame Demonstrationen der Türkischen Gewerkschaftsverbände am 1.Mai 2010 weder auf dem Taksim-Platz, noch auf den Nebenstraßen zu behindern.

Die vollständige Umsetzung der Sozialcharta , der ILO-Vorschriften sowie die Anerkennung des Demonstrationsrechtes der Gewerkschaften am 1 Mai wird der Demokratisierung der Türkei nützen.

Für eine gewaltfreie Kundgebung aller Gewerkschaften in Istanbul am 1 Mai 2010!

Erstunterzeichner:

Mustafa Türkel Bundesvors. Tek-Gıda Is Istanbul
Kenan Öztürk Bundesvors. TÜMTIS Istanbul
Musa Selvi Bundesvors. der Deri-Is Istanbul
Necdet Sarac Yol-TV Istanbul
Manfred Sträter GF-NGG-Dortmund
Atılal Aycin Bundesvors. Hava-s Istanbul
Jürgen Klute MdEP
Andrej Hunko MdB
Zeynep Bicici Gewe. Sekr. IG Bau Duisburg
Orhan Akman Gew. Sekr. Ver.di München
Yurdakul Köroglu BR NGG Frankfurt
Jaffrey Raffo IGM Abt. Org. Frankfurt
Ulla Jelpke MdB
Agnes Alpers MdB
Bülent Köroglu BR/VK IGM Nürnberg
Ulrike Behrend GEW Dortmund
Erkan Kocalar BR IGM Duisburg
Dietrich Jobsvogt BR IGM Witten
Peter Strube Sozialpfarrer Dortmund
Christian Tödt BRV Ver.di Dortmund
Carsten Krämer BRV Ver.di Dortmund
Ali Cicek BR IGM Köln
Dieter Waßmut Gew. Sekr. IGM Düsseldorf
Thorsten Gebehart Gew. Sekr. NGG Oberhausen
Ali Kahraman BR NGG Aachen

Jutta Reiter Vors. DGB Region Dortmund
Dieter Nieckel GF-NGG Bremen
Nihat Öztürk Gew.Sekr. IGM Düsseldorf
Mustafa Güzel BR IGM Lüdenschid
Jürgen Hinze Bundesstreikbeauftragter der NGG Frankfurt
Rudolf Sachs BR IGM Lüdenschid
Ufuk Yildirim JAV IGM München
Hartmut Arndt BR/VK IGM Lüdenschid
Ali Kahraman St.BRV/VKL NGG-Aachen
Monik Özrürk Mosaik e.V Düsseldorf
Ibrahim Isik Bundessprecher Ver.di Migration
Wilhelm Frohn Ver.di Nordhessen „Emeksoli“
Ibrahim Akbal, BR DB, IGM Bremen
Christian Wechselbaum Gewe.Sekr NGG Bremen
Süleyman Gürcan, BR IG Bau Gen..Sokr.ATIK-Duisburg
Neslihan Celik, RA“in, Sprecherin der ÖDP/ÖDA, Bochum
Ahmet Celik Vors der YEK-KOM
Turgut Öker AABF Genel Başkanı
Bekir Topgider Vors der KOMKAR
Hüseyin Aydin IGM Abt.Migration Frankfurt
Katharina Schwabedissen Landessprecherin Die Linke NRW
Marc Mulia GEW Duisburg
Bülent Köroglu BR IGM Nürnberg
Sabine Alker Gew.Sekr. NGG Dortmund
Ferhat Altan Gew. Sekr. NGG Köln

Vor- und Nachname (bitte Lesbar)	Gewerkschaft/Funktion/Stadt (bitte Lesbar)	E-Mail oder Telefon

Bitte Unterschriften sammeln und uns diese übersenden.

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen, Protestschreiben an den Ministerpräsidenten der Türkei und den Gouverneur von Istanbul zu richten:

T. Erdogan, Fax, :0090 312 417 04 76, www.basbakanlik.gov.tr, M.Güler Fax :0090 212 512 20 86, bimer@istanbul.gov.tr
Vom 30 April bis 2 Mai wird eine europäische Gewerkschafterdelegation (in Kooperation mit Dachverbände KESK, Türk-is, DiSK, und Einzelgewerkschaften, TÜMTIS, Tek Gıda Is, Deri-Is, Hava Is) die Maidemonstrationen unserer KollegInnen in der Türkei unterstützen. *Wir bitten alle Interessierten um Rückmeldung Ostwall 17-21, 45135 Dortmund, Tel: 023155 7990 Fax: 0231-55797979, (region.dortmund@ngg.net).*

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten